



**Le Syndicat.
Die Gewerkschaft.
Il Sindacato.**

Referat von Aude Spang, Leiterin der Interessengruppe Unia Frauen, vom 03.08.2021

Hände weg von den Frauenrenten

Das Parlament will das Rentenalter der Frauen auf 65 Jahre anheben. Die Frauen müssten dadurch länger arbeiten und die ohnehin schon ungenügenden Renten würden weiter sinken. Sie müssten effektiv ein Jahr länger arbeiten und in diesem Jahr weiterhin AHV-Beiträge bezahlen, aber ihre Renten würden sie ein Jahr weniger lang erhalten. Mehr arbeiten für weniger Lohn, das ist inakzeptabel.

Die Gewerkschaften wehren sich gegen jede Reform der AHV, die zulasten der Frauen geht und rufen am 18. September 2021 zu einer nationalen Kundgebung in Bern auf.

Denn als Gewerkschafter*innen wissen wir genau: Frauen sind häufig in Branchen wie dem Detailhandel, der Pflege und der Reinigungsbranche tätig, die für die Gesellschaft essenziell sind. Die pandemiebedingte Krise führte deutlich vor Augen, wie essenziell diese Branchen sind, aber auch wie schlecht sie gestellt sind. Zumal die Statistiken belegen, dass Frauen **doppelt so häufig** von einem **tiefen Lohn** leben müssen als Männer. Zudem nehmen die Lohnungleichheiten zu. Auch wenn der Grundsatz «Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» seit 1981 in der Bundesverfassung verankert ist, fehlen den Frauen jedes Jahr knapp 10 Milliarden Franken.

Dazu kommt, dass die Frauen häufiger und oft unfreiwillig Teilzeit arbeiten und dazu noch den überwiegenden Teil der unbezahlten Angehörigenbetreuung wahrnehmen. Da sie keine oder nur kleine Beiträge in die 2. Säule einzahlen, sind sie auf eine anständige AHV-Rente angewiesen. Denn nur die AHV berücksichtigt die **Betreuungs- und Erziehungsarbeit** in der Rentenabrechnung.

Diese Situation hat beachtliche Auswirkungen auf die zukünftigen Renten der Frauen. Zurzeit betragen die Frauenrenten einen Drittel weniger als die Männerrenten. Viele leiden im Rentenalter an Armut. Wir Frauen dulden es nicht, dass wir in der Schweiz nach einem harten Arbeitsleben im Rentenalter nicht in Würde leben können!

Zur Verdeutlichung einige konkrete Beispiele:

- Eine 59-jährige, geschiedene Mutter, die zurzeit zu 50 % bei der Migros angestellt ist, hat seit ihrem 20. Lebensjahr – abgesehen von einem sechsmonatigen Unterbruch wegen Arbeitslosigkeit – immer gearbeitet. Wie viele ihrer Kolleginnen würde sie gerne mehr arbeiten, aber das ist nicht möglich. Wenn sie pensioniert wird, wird ihre Rente nicht mal 2000 Franken betragen.
- Eine Angestellte der Gesundheitsbranche verdiente 3200 Franken pro Monat bei einem Beschäftigungsgrad von 100 %. Heute hat sie als Rentnerin ein Einkommen

von 2500 Franken pro Monat, weil sie im Gegensatz zu vielen Frauen in die 2. Säule einbezahlt hat. Ihre Miete und die Krankenkassenprämien machen 2200 Franken der monatlichen Fixkosten aus. Wie kann sie über die Runden kommen?

Der grosse Frauenstreik von 2019 mit mehr als 500 000 Menschen in den Strassen zeigte deutlich, dass die Frauen genug haben von den Ungleichheiten, denen sie ausgesetzt sind. Aber das bürgerlich dominierte Parlament will das Frauenrentenalter anheben, anstatt Lösungen für die eigentlichen Probleme zu suchen. Das ist ein Affront! Zudem haben SVP, FDP und Co. bereits ihre weiteren Pläne angekündigt: Nach der AHV 21 wollen sie das Rentenalter für alle auf 66, 67 und dann 68 Jahre anheben. Sie wollen, dass wir «chrampfen» bis zum Umfallen.

Die AHV ist für Frauen speziell wichtig. Darum wird die Unia die Reform AHV 21 Seite an Seite mit den Frauen bekämpfen, und am 18. September werden wir es laut und deutlich sagen: Die AHV-Reform darf nicht auf dem Buckel der Frauen erfolgen!